

Mehr Schutz für Haie, Rochen und Sägefische (und viele andere nette Tierarten)

Mehr Schutz für Haie, Rochen und Sägefische (und viele andere nette Tierarten)
-/s-dr //s-dm Montag (03.11.14) beginnt in Quito/Ecuador eine inter-nationale Artenschutzkonferenz. Experten von über 120 Staaten, die sich der Bonner Konvention zum Schutz wandernder Tierarten angeschlossen haben, beraten bis zum 09.11.2014 über den besseren Schutz der Zugvögel. Aber auch höhere Schutzstandards für andere bedrohte Arten stehen auf der Tagesordnung: Haie, Rochen und Sägefische ebenso wie Eisbären, Löwen und Europäischer Aal. dr /> Alle drei Jahre findet eine Konferenz der Vertragsparteien im Rahmen der Bonner Konvention zum Schutz wandernder, wildlebender Tierarten statt - dieses Jahr zum ersten Mal auf dem amerikanischen Kontinent. Die Bundesregierung gehört zu den größten Unterstützern der Konvention.

- Ein Schwerpunkt der Verhandlungen ist der Verha Schutz der Zugvögel vor den vielfältigen Gefahren auf ihrem alljährlichen Flugweg zwischen Brutgebiet und Winterquartier. Gleich drei umfangreiche Konferenzdokumente sind ihrem Schutz gewidmet: Erstens sollen mit einem Aktionsplan für "Land Birds" die zahlreichen wandernden Singvogelarten Afro-Eurasiens auf ihren Zug-Wegen und in ihren Sommer- und Winterquartieren geschützt werden, darunter Nachtigall, Pirol und zahlreiche Grasmücken- und Rohrsängerarten. Zweitens steht der Kampf gegen illegale Vogeltötungen und Vogelfang auf der Ägenda. Drittens befasst sich die Konferenz mit dem Thema Vogelvergiftung - zum Beispiel durch Bleimunition oder den Einsatz des Medikaments Diclofenac bei Tieren im Freien, das für Aasfresser wie Geier tödlich wirkt. dr />Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz sind Anträge für die Aufnahme von gefährdeten Hai- und Rochenarten in die Bonner Konvention. Eine solche Aufnahme bietet die Grundlage für weitere klassische Erhaltungsmaßnahmen wie etwa ein Monitoring und den Schutz wichtiger Gewässerbereiche. Damit werden bestehende Bemühungen zum Erhalt der Haie und Rochen ergänzt.
br />Deutschland engagiert sich seit Jahren für den Schutz von Haien und Rochen, die durch Überfischung und Finning (Abschneiden der Flossen) stark gefährdet sind. Im vergangenen Jahr war es gelungen, einige kommerziell genutzte Arten dieser Fische über das Washingtoner Artenschutzabkommen zu schützen, das den Handel mit diesen Tieren einschränkt.
 />Der Konferenz liegt zudem der Vorschlag vor, eine breit angelegte Initiative zu gefährdete Säugetieren Zentralasiens zu starten. Dies wird von der Bundesregierung begrüßt und unterstützt. Deutschland hat sich bisher schon für zentralasiatische Arten wie Saiga-Antilope oder Argali-Wildziege engagiert, zum Beispiel bei der Entwicklung von Artenschutzplänen oder im Rahmen der Entwicklungshilfe vor Ort.

- Dr. /- Weitere Informationen zur Konferenz sind auf Englisch, Französisch und Spanisch einsehbar über die Webpage der Bonner Konvention www.cms.int .- str />- str />Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Follofon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de
ing src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.">http://www.pressrelations.de/new/pmcounter. cfm?n pinr =579884" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium	für I Imwalt	Maturechutz	Rau und	Reaktorsicherheit	(RMLIR)
Dunaesiiiiiistenaiii	iui Oiliweit.	maturscriutz,	Dau unu	iveavior sichlennen	

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.